

DKP-Informationen

Nr. 6/2017 - 1. Februar 2018

12.Tagung des Parteivorstandes 27./28. Januar 2018 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

12. Tagung des Parteivorstands der DKP 27./28. Januar 2018, Essen

Inhalt

1. Referat zur Friedensarbeit der DKP und weiteren Vorbereitung des 22. Parteitags
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
2. Beschlüsse

Tagesordnung

1. Referat zur Friedensarbeit der DKP und weiteren Vorbereitung des 22. Parteitags
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
2. Vorbereitung des 22. Parteitages
Übersicht der Anträge an den 22. Parteitag
Personaldebatte
Bericht der Finanzkommission
3. Parteiauseinandersetzung
4. Finanzrahmenplan 2018
5. 20. UZ-Pressfest
6. Weitere Anträge

Referat zur Friedensarbeit der DKP und der weiteren Vorbereitung des 22. Parteitags Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

hätte es noch eines Beweises bedurft, dass der angebliche Kampf gegen den IS nicht nur Heuchelei ist, sondern Teil der kriegstreiberischen Strategie des US-Imperialismus, so wurde er in den vergangenen Wochen ganz offen gegeben. Nein, die US-Truppen, die ohnehin völkerrechtswidrig in Syrien stehen, werden nicht zurückgezogen, obwohl der IS besiegt ist. Ganz offen wird erklärt, dass der Zweck der US-Truppen in der Destabilisierung des sogenannten Assad-Regimes besteht. Es handelt sich also um faktische Besetzungen bzw. Kriegshandlungen auf fremdem Territorium. Ein krasser Bruch des Völkerrechts. Kein Aufschrei der Medien, der Spezialisten für Menschenrechte, der Regierungen der EU, der NATO-Partner.

Die Türkei ist nun ganz offen nach Syrien einmarschiert, mit deutschen Waffen. Ein bißchen Aufregung in den Medien gab es schon. Aber auch hier wird nicht von einem Völkerrechtsbruch, von einem kriegerischen Angriff auf Syrien gesprochen. Auch die YPG, die davon betroffen ist, merkt, dass eine Zusammenarbeit mit den USA nur solange einen Schutz darstellt, solange die Nützlichkeit für die USA gegeben ist oder eben größer ist als die Verbundenheit mit dem NATO-Partner Türkei. Das sich der deutsche Imperialismus zurückhält verwundert nicht, will man doch die Verhältnisse zu Erdogan verbessern.

Im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Türkei in Syrien wird spekuliert, dass Russland und die Assad-Regierung diesen Einmarsch möglicherweise klammheimlich zulassen oder die Augen schließen. Für solch eine Spekulation ist uns die Faktenlage zu dünn, wir werden uns dazu auf Basis der wenigen Informationen und Spekulationen heute nicht äußern. Wir weisen aber auf die Fakten hin, dass die Türkei ein NATO-Land ist, dass die sogenannte Freie Syrische Armee ein Ziehkind der NATO ist, dass deutsche Waffen benutzt werden und dass weder die Führungsmacht der NATO, die USA, die mit der YPG verbündet ist, noch das NATO-Land Deutschland mehr als eine Protestresolution gegen diesen Einmarsch zu Stande bringen. Stopp, ich vergaß, Außenminister Gabriel gibt jetzt den „Harten“, eine Nachrüstung der deutschen Panzer soll es momentan nicht geben.

Es geht ihnen nach wie vor um einen Regime-Change in Syrien. Assad war und ist nicht bereit,

sich bedingungslos den Interessen des Imperialismus unterzuordnen und Syrien, das ist der Weg zum Iran und das ist der Weg zur Umzingelung Russlands und der VR China. Dies ist die gemeinsame, strategische Hauptorientierung der führenden imperialistischen Länder und ihrer NATO und das ist die Hauptkriegsgefahr.

Es ist sehr hoch einzuschätzen, dass diese Analyse im Wesentlichen auch von den Kräften der Friedensbewegung in unserem Land geteilt wird. Versuche die Friedensbewegung inhaltlich zu neutralisieren, sie in eine Haltung der Äquidistanz zu führen, sind gescheitert – es gab und gibt sie manchmal von rechts, manchmal als „links“ verkleidet.

Zuletzt wurde uns das auch demonstriert als eine Gruppe bei der **Rosa-Luxemburg-Konferenz** der jungen Welt die Bühne besetzte. Sie beschimpften alle, die neben der Solidarität mit den um ihre sozialen und demokratischen Rechte kämpfenden Volksmassen auch die Gefahr der Instrumentalisierung solcher Kämpfe für Regime-Change-Szenarien der Imperialisten sehen, als Volksfeinde und Imperialisten. Es war gut, dass sich die Konferenz von dieser Provokation nicht größer provozieren lies.

Die Konferenz, unser Cafe K im Rahmen dieser Konferenz, unsere LLL-Veranstaltung, die Demonstration am Sonntag waren allesamt sehr erfolgreich. Wir konnten uns, auch durch die Teilnahme von Günter Pohl an der Podiumsdiskussion gut darstellen. Das Verbandstreffen der SDAJ und unsere LLL-Veranstaltung waren gut besucht und vor allem, beide waren mobilisierend, gaben Mut und zeigten, dass SDAJ und Partei die nicht einfache Situation überwinden und Partei und Jugendverband stärken wollen.

Der jungen Welt haben wir bereits ein Dankeschön ausgesprochen, wir wollen das hier wiederholen. Die Konferenz wächst von Jahr zu Jahr und ist in der Zusammenführung der radikalen, der antikapitalistischen Linken eine Besonderheit. Sie ist eine Besonderheit wegen ihrer Themen und wegen des Internationalismus, den das Programm Jahr für Jahr ausstrahlt. Sie ist auch für uns eine Besonderheit vor allem auch wegen der besonderen Partnerschaft und der besonderen Möglichkeiten, die

uns die junge Welt ebenfalls seit nunmehr fünf Jahren bietet. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön an Redaktion, Verlag Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jungen Welt und an alle Helferinnen und Helfer der Konferenz.

Natürlich bedanken wir uns auch bei allen Genossinnen und Genossen, insbesondere auch bei der Landesorganisation Berlin unserer Partei für die Anstrengungen an diesem Wochenende, für die Helferschichten, die UZ-Verteilung, die Sicherheit. Die Bedeutung der Sicherheit hat uns durchaus auch wieder die Polizei unter einem Senat gezeigt, der von Grünen, Linkspartei und SPD gestellt wird. Diese Zusammensetzung der Landesregierung macht die Knüppel nicht weicher, mit denen die Greiftruppe ausgestattet sind, die die Aufforderung Erdogans schärfer gegen die kurdische Opposition vorzugehen, umzusetzen.

Ganz besonders bedanken wollen wir uns auch bei den internationalen Gästen auf unserer LLL-Veranstaltung, der neue Botschafter der Republik Kuba, eine Vertreterin der Botschaft der sozialistischen Republik Vietnam, den stellvertretenden Außenminister Venezuelas, unser Genosse Carolus Wimmer, Genossinnen und Genossen der KKE, der TKP und der PCP und vor allem natürlich unser Genosse Adel Amer, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels, alle haben zu dem Erfolg beigetragen.

Mit der Rede von Adel, seinem Gruß an die Rosa-Luxemburg-Konferenz und seiner Rundreise durch die Partei haben wir auch viel Klarheit über die Situation in Israel und Palästina und im Nahen Osten verbreiten können. Das war wichtig gerade auch angesichts der Provokation der USA unter Trump mit der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt von Israel. Das hat die Chancen auf einen neuen Friedensprozess dramatisch zurückgeworfen und es hat die rassistischen und imperialistischen Kräfte des Zionismus in Israel gestärkt. Gleichzeitig erleben wir, wie in unserem Land immer stärker und nun sogar mit Gesetzen Kritik an Israel, Ablehnung von Zionismus als Antisemitismus diffamiert wird. Wir erklären ganz eindeutig, wir deutschen Kommunistinnen und Kommunisten haben immer und werden immer jeglichen Antisemitismus bekämpfen. Wir werden aber gleichzeitig die imperialistische Ideologie des Zionismus und die aggressive und rassistische Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern, aber auch gegenüber der arabischen Minderheit in Israel bekämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun hat der **SPD-Parteitag** also mit 56 Prozent beschlossen in Koalitionsverhandlungen mit CDU

und CSU einzusteigen. Große mediale Aufmerksamkeit wurde auch den GroKo-Gegnern, speziell den Jusos, zu teil. Aber selbst die relativ hohe Anzahl der Nein-Stimmen ist kein wirklicher Hoffnungsschimmer. Hinter ihnen steht keine Absage an die Hochrüstungspolitik, die NATO-Staatsräson. Dahinter steckt noch nicht einmal ein Nachdenken über Selbstkritik zur Agenda-Politik. Es steckt keine Auseinandersetzung mit der Politik des deutschen Imperialismus, sich eine EU zu seinem Nutzen zu bauen und dabei ganze Völker ausbluten zu lassen – diese Nein-Stimmen sind vor allem Wahlarithmetik und die herrschende Klasse muss keine Sozialdemokratisierung der SPD befürchten.

Ihr seht, ich halte an meiner Einschätzung fest, die ich auch in der Presseerklärung zum SPD-Parteitag geäußert habe. Natürlich ist Kritik daran erlaubt. Und ja, vielleicht war in der Presseerklärung der Aspekt unterbewertet, dass das „NoGroKO“ natürlich auch für ein Gären in der traditionellen Sozialdemokratie steht, das wir begrüßen und vor allem politisieren müssen.

Ich habe nichts gegen eine kritische Auseinandersetzung. Offene Briefe verursachen bei mir allerdings eine zunehmende Unlust. Meine Unlust ist sicher weniger interessant, ein Satz zum Offenen Brief des Bezirkssekretariats Saarland sei mir trotzdem erlaubt. Auffallend ist, dass Genossinnen und Genossen, die die Freiheit der Debatte fordern und behaupten der PV würde unliebsame Meinungen unterdrücken, dass diese Genossinnen und Genossen Meinungen, die ihnen unliebsam sind regelmäßig als sektiererisch und nicht mit dem Programm vereinbar diffamieren – das macht die Debatte nicht einfach.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bezüglich der **Hochrüstungspläne** halten sich die Sondierer zwischen CDU, CSU und SPD relativ bedeckt. Das führte direkt zu einem Aufschrei des Bundeswehrverbands und des Wehrbeauftragten, der aus der SPD kommt. Der Aufschrei dürfte Theaterdonner gewesen sein, denn die Kürze der Aussagen bedeutet mit Sicherheit nicht, dass Hochrüstungspläne zurückgenommen werden, sondern eher, dass man sich in dieser Frage ohnehin einig ist.

Im Vorfeld hatte es aus der CSU getönt, dass der Rüstungshaushalt auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden soll, wie es auch Beschlusslage der NATO ist. Der SPD-Wehrbeauftragte hatte prompt die Rolle der Sozialdemokratie gespielt und eine Erhöhung auf nur 1,5 Prozent vorgeschlagen. Beides würde eine drastische Erhöhung des Rüstungsetats bedeuten. Offiziell wird das BIP für die BRD im Jahr 2016 mit

3,47 Billionen US-Dollar angegeben, das entspricht 2,84 Billionen Euro, ein Rüstungshaushalt von 2 Prozent entspräche also 56 Milliarden Euro, ein Rüstungshaushalt von 1,5 Prozent entspräche 42,6 Milliarden Euro. Der offiziell ausgewiesene Rüstungshaushalt liegt bei 36 Milliarden Euro, das entspricht etwas mehr als 1,2 Prozent des BIP. Es ist deshalb mit Sicherheit davon auszugehen, dass bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen unabhängig von derzeit möglichen Regierungskonstellationen eine gewaltige Hochrüstung droht. Das ergibt sich auch daraus, dass der deutsche Imperialismus eine Dreierstrategie fährt:

Man setzt auf die NATO und akzeptiert dort die Dominanz des US-Imperialismus. Gleichzeitig orientiert man auf den Aufbau und die Stärkung militärischer Strukturen im Rahmen der EU. Zuletzt sei hier auf die Ende vergangenen Jahres geschlossenen PESCO-Verträge verwiesen. Drittens entwickelt man die eigene militärische Stärke und militarisiert die deutsche Gesellschaft.

Die NATO ist für den deutschen Imperialismus derzeit und auf längere Sicht unverzichtbar. Die NATO ist das Instrument, mit dem die gemeinsame Strategie der Imperialisten, die Umzingelung Russlands und der VR China, umgesetzt wird. Die NATO ist der Platz, auf dem die innerimperialistischen Konflikte „zivilisiert“ ausgetragen werden. Dafür ist die Vorherrschaft des US-Imperialismus zu akzeptieren, die sich auch aus der gewaltigen Überlegenheit der Rüstungsausgaben ergibt. Der Rüstungshaushalt der USA lag 2016 bei 611 Milliarden US-Dollar, das entspricht knapp 500 Milliarden Euro.

Konflikte, auch innerimperialistische, können aus militärischen, ökonomischen, politischen und ideologischen Optionen bestehen bzw. stellen sich in der Regel als ein Gemenge der vorgenannten Optionen dar. Das erleben wir gerade auch in Davos und wir erleben auch, wie dynamisch die Bildung von Koalitionen, das Aufbrechen neuer Widersprüche in der Tat ist.

Nimmt man alle NATO-Staaten zusammen, so haben sie nach offiziellen Angaben gemeinsam Rüstungsausgaben in einer Größenordnung von 921 Milliarden US-Dollar, die USA also deutlich mehr als die Hälfte. Damit wird aber auch die Gefährlichkeit der NATO deutlich. Die VR China gibt 215,7 Milliarden US-Dollar für Rüstung, die Russische Föderation 69,2 Milliarden US-Dollar aus. Zusammen sind das 31 Prozent des Rüstungshaushalts der NATO-Staaten und knapp 43 Prozent des Rüstungshaushalts der USA.

Natürlich setzt der deutsche Imperialismus seinen Kurs fort, eigenständig eine größere Bedeutung zu

spielen - auch in Konkurrenz zum US-Imperialismus. Dazu gehört auch das „Lernen“ im Rahmen der NATO und das „Lernen“ militärischer Fähigkeiten im Rahmen von Auslandseinsätzen. Ein neuer Schwerpunkt ist hier eindeutig Afrika. In Afrika geht es um das gemeinsame Interesse, den Einfluss der VR China zurückzudrängen, es geht um die eigene neokoloniale Verankerung auf diesem Kontinent, den der US-Imperialismus derzeit noch relativ frei lässt und es geht um einen Wettlauf mit dem Partner und Konkurrenten in Europa, dem französischen Imperialismus. Diese Afrikaorientierung und die Orientierung auf Partnerschaft und Konkurrenz mit Frankreich, auch was die Weiterentwicklung der EU angeht, findet sich sehr deutlich in den Ergebnissen der Sondierungsgespräche formuliert. Im Konkurrenzkampf mit Frankreich ist der deutsche Imperialismus ökonomisch überlegen, das führt auch zu einer Dominanz innerhalb der EU. Er hat allerdings ein Problem, der Rüstungshaushalt Frankreichs ist wesentlich höher, er lag 2016 bei 45,7 Milliarden Euro, und Frankreich hat Atomwaffen.

Wir sollten deshalb nicht unterschätzen, dass die Unkalkulierbarkeit von Trump ausgenutzt wird, um die atomare Aufrüstung Deutschlands in die Diskussion zu bringen. Einzelne Vordenker gehen davon aus, dass die nukleare Teilhabe, also die Nutzung von hier stationierten US-Atomwaffen, deren Einsatz allerdings nur auf Anordnung der USA erfolgen kann, perspektivisch nicht ausreicht.

Deshalb ist diese nukleare Teilhabe, also an den in Büchel stationierten Atomwaffen, an sich zu bekämpfen, weil sie die Kriegsgefahr erhöht. Sie „normalisiert“ aber auch die Existenz von Atomwaffen auf deutschem Boden, die wesentliche Teile des führenden militärisch-industriellen Komplexes in Perspektive auch im eigenen Waffenarsenal des deutschen Imperialismus für nötig halten.

Darum wollen wir auch dieses Jahr wieder einen Beitrag zu den Aktivitäten der Friedensbewegung in Büchel und Ramstein leisten. Wir wollen Büchel wieder dichtmachen. Dieses Jahr müssen wir auch deswegen besser mobilisieren, weil wir davon ausgehen müssen, dass die Staatsorgane besser darauf vorbereitet sein werden.

Unser Büchel-Termin ist in diesem Jahr der 18. bis 22. Juli. Wir bedanken uns schon mal beim Bezirksvorstand und den Genossinnen und Genossen in Rheinland-Pfalz, die die Vorbereitung übernommen haben, und wir werden so bald wie möglich die Info an die Partei geben, wann es besonders wichtig ist da zu sein.

Sicherlich spielt in diesem Zusammenhang auch Pesco eine Rolle, wenn auch die Nichtbeteiligung

von Großbritannien durch den EU-Austritt eine Schwächung der EU-Potenzen an Atomwaffen darstellt. Militärisch bleibt ohnehin abzuwarten, welche Rolle das NATO-Land Großbritannien spielen wird – realistisch könnte ein engeres Zusammenspiel mit den USA die Perspektive sein.

Beim 21. Parteitag haben wir festgestellt, dass wir auf eine steigende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen zusteuern. Zu dieser Aggressivität gehört auch der Kampf der deutschen Rüstungsindustrie um Marktanteile und um Rüstungsexport. Hier konnte die etwas überraschte Öffentlichkeit nun feststellen, dass eine Koalition aus CDU und SPD dem Rüstungsexport sogar förderlicher sein kann als eine CDU/FDP-Regierung.

In der Zeit der letzten Bundesregierung von 2014 bis 2017 lag der Rüstungsexport nach Angaben der „Rheinischen Post“ bei 25,1 Milliarden Euro und damit um 21 Prozent über den Zahlen der vorhergehenden CDU/FDP-Regierung. Die Lieferungen in Drittstaaten, außerhalb von EU und NATO, nahmen sogar um 47 Prozent auf 14,48 Milliarden Euro zu. Vor allem die Sozialdemokratie argumentiert nun, dass viele Geschäfte bereits unter Schwarz-Gelb beschlossen und unter SPD/Schwarz nur ausgeführt worden wären. Selbst, wenn das stimmt, besser ist das auch nicht.

Wir müssen heute und mit dem kommenden Parteitag konkretisieren, an welchen Punkten wir, die Friedensbewegung diese Entwicklungen am besten angreifen können. Dazu müssen wir bewerten, was angegriffen werden muss, was möglicherweise „das schwächste Glied“ in der kriegstreiberischen Strategie ist und wie die es mit den Gegenkräften aussieht.

Was sind die Fragen an denen wir Ansetzen müssen? Ich meine, es geht um sechs Fragen:

- Die Entwicklung von PESCO muss bekämpft werden
- Die Entwicklung einer Euro-Drohne, die sich als einziges konkretes Rüstungsprojekt in den Ergebnissen der Sondierungsgespräche findet muss bekämpft werden
- Die Rüstungsexportpolitik muss bekämpft werden mit dem Ziel Rüstungsexporte zu verbieten
- Die NATO und konkret die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik muss bekämpft werden
- Atomwaffen müssen weltweit abgeschafft werden, sie müssen restlos vom Territorium der Bundesrepublik verschwinden.
- Die Erhöhung der Rüstungsausgaben muss verhindert werden. Insbesondere die

Erhöhung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts muss durchkreuzt werden.

Aus unserer Sicht steht letztgenanntes derzeit im Vordergrund und ist so etwas wie der Kulminationspunkt, das schwächste Glied. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben zu verhindern würde ein zentrales NATO-Projekt durchkreuzen und gleichzeitig den Spielraum für PESCO und Drohnenprojekte einengen.

Darum stellen wir den Kampf um die Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt aufrüsten“ in den Mittelpunkt unserer Arbeit.

Bei unserer LLL-Veranstaltung in Berlin haben wir dazu gesagt: „Der Aufruf ‚Abrüsten statt aufrüsten‘ ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen Unterschriften sammeln im Umfeld, bei Nachbarn, wir müssen es ausnutzen, dass auch führende Gewerkschafter/innen, Sozialdemokraten, Grüne ihn unterzeichnet haben – ja auch ich vermute Inkonsequenz, aber das öffnet uns Wege in Gewerkschaften und Betriebe.

Kein Gewerkschaftstermin, keine Sitzung von Vertrauensleuten, keine Betriebsversammlung sollte vergehen, bei der wir nicht den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau verdeutlichen und um Unterschriften unter diesen Aufruf werben. Wir müssen den Aufruf nutzen, um Ansätze einer Massenbewegung gegen Kriegspolitik zu entwickeln – ich denke ein Fokus muss dabei auf die Abwehr der 2-Prozent-Forderung gelegt werden. Keine Milliarden für Rüstung und Tod – stoppt die 2 Prozent.“

Wir sollten unser Sofortforderungsprogramm nutzen und seine Linie fortschreiben. Jeder Cent, jeder Euro, der in die Rüstung fließt, verursacht Flucht und fehlt für Wohnungen, Schulen, Personal im Gesundheitswesen etc..

Dabei sollten wir mit Aktionen immer und immer wieder und vor allem auch frecher und schneller die Militarisierung der Gesellschaft angreifen. Es ist nicht zulässig, dass wir uns z.B. an die aggressive Werbung der Bundeswehr zu gewöhnen beginnen. Wir müssen deutlicher, lauter und öffentlicher klar machen, dass es sich um Werben fürs Töten und fürs Sterben handelt.

Wer hat ein Interesse an dieser Hochrüstungspolitik, an der NATO-Integration, an der Militarisierung der EU unter deutscher Führung, an der Entwicklung neuer Waffentechnologien?

Interesse daran hat der militärisch-industrielle Komplex, also die Bündelung aus Rüstungsindustrie, Militär, die militär- und rüstungsindustriennahe Politik,

Forschung und die Träger militärnaher öffentlicher Infrastruktur – sie leben ja davon.

Interesse daran hat das Monopolkapital, weil seine Interessen aufs Engste verbunden sind mit der Stärke des deutschen Imperialismus, und dazu gehört die militärische Stärke und dafür auch die NATO-Integration. Hier kann es zwar mal Risse geben – als Beispiel sei Siemens-Chef Kaesers kurzfristiges Ausreißen in der Russland-Politik genannt –, es ist aber Aufgabe des Staates als ideeller Gesamtkapitalist, diese Risse zu kitten, und natürlich erkennt Monopolkapital dann den vereinheitlichten Willen der herrschenden Klasse als „Primat der Politik“ wieder an.

Mehr als kurzfristige Risse sind im Monopolkapital nicht zu erwarten. Die muss man nutzen, ohne sich Illusionen zu machen. Die Interessen von militärisch-industriellem Komplex und Monopolkapital an dieser kriegstreibenden Politik kann man durchaus als objektive Interessen bezeichnen.

Andere Teile der Bevölkerung haben objektiv kein Interesse an solch einer kriegstreiberischen Politik. Ihnen wird aber vorgegaukelt, dass diese Politik in ihrem Interesse läge, sie sollen also subjektiv gewonnen werden bzw. werden es.

Das ist natürlich zuvorderst die Arbeiterklasse, deren Klasseninteressen in völligem Widerspruch zu dieser Kriegspolitik stehen. Für sie gibt es Standortlogik, Nationalismus, Chauvinismus, Spaltung, Bundeswehrwerbung, Bundeswehr als Weg aus Arbeitslosigkeit und Perspektivangst, die Medien, AfD bis Grüne und Teile der Linken, die den deutschen Imperialismus verharmlosen oder Aspekte, wie NATO-Mitgliedschaft oder Komplizenschaft mit den Herrschenden in Israel zur Staatsräson zu erklären.

Aber nicht nur die Arbeiterklasse hat objektiv kein Interesse an dieser Kriegspolitik. Auch die Intelligenz, die Bauern, die Mittelschichten, kleine Gewerbetreibende stehen objektiv in einem Interessenwiderspruch dazu. Natürlich wirken auch auf sie die vorgenannten Faktoren der Beeinflussung und zusätzlich sind sie in unterschiedlichem Maße mit Monopolkapital und militärisch-industriellem Komplex verbunden.

Trotzdem sind sie für den Friedenskampf gewinnbar. Sie zu gewinnen muss zentrales Anliegen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse sein. Erst durch dieses Bündnis ist ein Kräfteverhältnis vorstellbar, das eine Minderung der Aggressivität des deutschen Imperialismus erzwingen kann.

Solch eine Bündnispolitik der Arbeiterklasse kann umso besser gelingen, je mehr die Arbeiterklasse Einigkeit, dadurch Stärke, dafür Aktionsfähigkeit ausstrahlt. Deswegen wird diese Bündnispolitik in

dem Maße realistischer, je besser es um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse steht.

Dabei dürfen wir natürlich an Aktionseinheitspolitik, also die Bündnispolitik im Rahmen der Klasse und die Bündnispolitik mit anderen Klassen und Schichten, weder schematisch noch seriell rangehen. Unsere Aufgabe ist es, um beides zu ringen und dabei ein Höchstmaß an Dialektik in der Praxis umzusetzen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Arbeit in den Gewerkschaften zu. Sie sind die größte Organisation der Interessenvertretung im Maßstab der Klasse und sie sind der Ort, an dem gerade in der Friedensfrage die Politisierung der Interessenvertretung stattfinden kann.

Wir müssen dabei die Erinnerung an die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wachhalten. Die Zusammenführung von Arbeiter- und Friedensbewegung, konkreter, die Zusammenführung des Kampfes gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, das war eine Situation, in der die Arbeiterbewegung Ansätze einer Magnetwirkung auf andere Klassen und Schichten entwickelte, das war eine Zeit, in der eine Wende zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts in greifbare Nähe rückte.

Letzteres hatte natürlich auch mit der Stärke des realen Sozialismus zu tun. Aber die damals genutzten nationalen Bündnismöglichkeiten sind doch heute auch da. Und auf sie müssen wir orientieren. Dabei werden wir oft auf Falsches im Richtigen stoßen. Gerade die Intelligenz, die Mittelschichten, die Bauern, Kleingewerbetreibenden, aber auch Teile der Arbeiterklasse oder ausgegrenzte Teile der Arbeiterklasse haben in solchen Zeiten neben Richtigem auch Chaos im Kopf. Dabei dürfen wir uns mit dem Falschen im Richtigen nicht abfinden oder arrangieren, wir wissen aber auch, das man Falsches nicht immer zurückdrängt, wenn man erst mal am härtesten dagegen koffert. Uns nützt da weder Prinzipienlosigkeit, aber auch keine Prinzipienfestigkeit ohne Fingerspitzengefühl, mit Dogma, aber ohne Überzeugungskraft.

Die Friedensfrage, der Kampf um die Stärkung der Friedensbewegung, die Zusammenführung der Friedens- und der Arbeiterbewegung, die Aktionseinheitspolitik, die Bündnispolitik und die antimonopolistische Stoßrichtung unserer Friedenspolitik, das soll auch eine zentrale Frage des Referats an den Parteitag werden, weil es auch eine zentrale Orientierung für die nächsten Jahre für die Partei werden soll.

Dabei machen wir auch klar, wir sind die Partei der Arbeiterklasse, objektiv – wir sind es aber nicht von unserer Verfasstheit, von unserer Verankerung. Das

müssen wir ändern, das wird die zweite Hauptorientierung des Referats an den Parteitag. Dazu müssen wir aber den Parteitag keineswegs abwarten, wir sind heute gefordert vor allem in der Metalltarifrunde und in den Kämpfen um die Personalbemessung im Gesundheitswesen.

Zur Metalltarifrunde: Es lässt sich trefflich darüber diskutieren, ob die Öffnung für Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich richtig ist – diese Diskussion muss geführt werden. Sie muss aber im Kampf geführt werden. Wir müssen die Aktionen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, unterstützen und in dieser Unterstützung notwendige Debatten führen. Dazu wird auch gehören, dass man der herrschenden Klasse nicht erlauben darf, ihre Politik der Zerschlagung der Kohle- und Stahlstandorte jetzt nationalistisch zu verbrämen und sich darüber zu wundern, dass die VR China den kapitalistischen Weltmarkt nutzt, um den Stahl zu verkaufen, der mit Kokereien und Stahlwerken produziert wird, die man auch in Deutschland günstig erwerben konnte, als die herrschende Klasse den Steinkohlebergbau und die Stahlindustrie zerschlagen hat.

Klassenkämpfe brauchen keine Elfenbeintürme. Ja, wir äußern Kritik an falschen Positionen, aber wir äußern sie im Kampf und das heißt jetzt Solidarität mit den Warnstreiks und Aktionen der IG Metall – raus auf die Straße mit unserem Streikinfor. Zeigen wir, dass wir interessant sind in der Diskussion, weil wir verlässlich sind in der Unterstützung der Aktion. Die Mobilisierungsfähigkeit ist offensichtlich gut.

Trotzdem geht das Kapital auf völlige Konfrontation. Hier haben wir die Chance, auch außerhalb der Belegschaften um Solidarität mit den Kämpfen der Metallbelegschaften zu werben. Endlich wird die Arbeitszeitfrage wieder aufs Tablett gebracht – es gibt eine verbreitete Stimmung, dass die Schere der Ungleichheit gebremst werden muss.

Daran sollten wir ansetzen und wir können natürlich die Friedensfrage in diese Kämpfe tragen. Wir können gesamtgesellschaftlich verdeutlichen, warum die Metallbelegschaften für alle kämpfen und wir können in den Metallbelegschaften deutlich machen, dass die Blockadehaltung der Metallkapitalisten viel mit dem Großmachtsanspruch des deutschen Imperialismus zu tun hat. Also Streikinfor der DKP und Unterschriftensammlung „Abrüsten statt aufrüsten“ unter den Arm und hin zu den Aktionen und rein in die Stadtteile.

Bis heute mittag wird in Baden-Württemberg wieder verhandelt. Es bleibt zu hoffen, dass die IG Metall hart bleibt. Die Forderung nach Erhöhung der Entgelte ist moderat, angesichts der Gewinne und der Konjunktur eher zurückhaltend. Das

Zugeständnis, die dringend notwendige Arbeitszeitverkürzung nur teilweise bei Lohnausgleich zu fordern ist ebenfalls zurückhaltend – darunter kann es eigentlich nichts geben. Und wenn die Unternehmer mauern, dann muss der Druck erhöht werden, die Kampfbereitschaft ist offensichtlich da. Wir sind sicher, dass Kolleginnen und Kollegen der Meinung sind, dass dann ganztägige Streiks, die Urabstimmung als Grundlage für unbefristete Streiks folgen müssen.

Mit dem Gesundheitsinfo und dem Streikinfor stellen wir der Partei gute Mittel zur Verfügung, um in die Aktion zu kommen. Sie werden angenommen und bestellt, aber wir brauchen die Rückkoppelung der Erfahrungen, wir brauchen sie um beim Parteitag verallgemeinern und präzisieren zu können. Mehr Rot auf die Straße, ran an die Klasse, das wird eine zentrale Botschaft des Parteitags sein. Das wollen wir auch mit unseren Freunden beraten. Es wird der Inhalt der kommenden Vier-Parteienkonferenz sein, die Ende März in Luxemburg stattfindet.

Wir haben etwas anzubieten, wir verkünden nicht nur Grundsätze, wir sind Bestandteil der Kämpfe und wir ringen um eine Strategie, die die heutigen Kämpfe mit unserem sozialistischen Ziel verbindet.

Davon zeugt auch die Arbeit, die Diskussion, die Streitbarkeit, die in den **Leitantrag** an den 22. Parteitag gesteckt wurde. In vielen Gruppen wurde festgestellt, dass inhaltliche Debatten, ideologische Diskussionen, weltanschauliche Bildungsarbeit nötig und gar nicht so fern von den Kämpfen unserer Zeit sind. In vielen Gruppen hat die inhaltliche Arbeit, die Debatte um Fragen unserer Weltanschauung unserer Strategie und Taktik zugenommen. Das ist ein hohes Gut und wir müssen es weiterführen.

Deswegen wird der 22. Parteitag kein Ende der Debatte beschließen, sondern auf ihre Weiterführung und Qualifizierung orientieren. Dazu gehört neben der Debatte aber auch, dass wir weiter darauf orientieren müssen die Leitungsarbeit vor allem auf die Stärkung der Gruppen zu orientieren. Die Gruppen sind der Ort der Vermittlung unserer Weltanschauung, aber auch der Ort, an dem sie als Instrument für die Analyse der Realität und dem Beitrag zur Entwicklung von Strategie und Taktik der Gesamtpartei genutzt werden. Darum: Stärkung der Gruppen und Fokussierung der Leitungsarbeit darauf, das wird ein weiterer Schwerpunkt der Orientierung des Parteitags und des Referats an den Parteitag sein.

Wenn wir von der Fortführung der Debatte reden, dann meinen wir keine voraussetzungslose Debatte. Wir haben in Berlin beim LLL-Treffen der Partei formuliert und wiederholen das:

„Wir stellen fest: Die DKP hat sich 1968 nicht als Strömungspartei, sondern als kommunistische Partei gegründet. Wir alle, auch die Genossinnen und Genossen, die das jetzt fordern, sind nicht in eine Strömungspartei, nicht in eine pluralistische Partei, sondern bewusst in eine kommunistische Partei eingetreten. Die DKP hat sich 1978 und 2006 Parteiprogramme erarbeitet, die nicht eine Strömungspartei definieren, sondern eine kommunistische Partei. Wir haben die Auseinandersetzung mit den Erneuerern und die Konterrevolution in den europäischen Ländern überlebt, nicht, weil wir Strömungspartei wurden, sondern weil wir kommunistische Partei blieben.“

Auch das wollen wir im Referat an den Parteitag bekräftigen und natürlich wird das auch die Frage betreffen, ob der Parteitag einen Beschluss zur Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der DKP und der Fraktionierung im Rahmen des sogenannten „Netzwerks kommunistische Politik in der DKP“ fassen muss bzw. wird. Ihr habt unseren Brief an die Genossinnen und Genossen und ihre Antwort erhalten, wir werden im Rahmen dieser PV-Tagung separat darüber diskutieren. Klar muss aber sein, ein Gesprächstermin hat nur Sinn, wenn die Bereitschaft da ist, über die Überwindung der jetzigen Situation und damit über einen Zeitplan zur Auflösung der fraktionellen Strukturen zu reden und beides zu vereinbaren.

Vor allem darf uns diese Situation nicht hindern jetzt und beim Parteitag um Wege zur Stärkung der Partei zu ringen. Mit dem zweiten Hauptantrag haben wir, denke ich, ein gutes, ein realistisches und zugleich kämpferisches Dokument vorgelegt. Das LL-Wochenende, die Diskussion zum Dokument, sie zeigen Zustimmung zum Dokument und Motivation um die Grundlinie zu kämpfen. Die heißt kurz gesagt: Mehr rot auf die Straße, heran an die Klasse, heran an die Jugend, neue Mitglieder gewinnen, dafür die Gruppen stärken und darauf die Leitungsarbeit konzentrieren. Diese Fragen werden im Mittelpunkt des zweiten Referates beim 22. Parteitag stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nur drei Wochen nach unserem Parteitag findet der **Bundeskongress der SDAJ** statt. Die SDAJ wurde noch wesentlich stärker als wir dadurch getroffen, dass Genossinnen und Genossen, die SDAJ und DKP von „links“ kritisieren, die Organisationen in einer abgestimmten Aktion verlassen haben. Zur Art und Weise, zur darin zum Ausdruck kommenden Missachtung der höchsten Organe von Partei und Jugendverband haben wir Stellung genommen.

Auf der anderen Seite zeigte das Verbandstreffen der SDAJ auch, dass auch im Jugendverband die Motivation groß ist, wieder stärker in die Aktion in Schule und Betrieb, ran an die Jugend zu gehen. Hier braucht die SDAJ unsere Solidarität. Am stärksten sind hier sicher unsere Leitungen in Baden-Württemberg und Niedersachsen, zum Teil in Hessen und in Ruhr gefordert, wo der Verband besonders von der „linken“ Fraktioniererei betroffen wurde.

Das Beste dafür ist natürlich die gemeinsame Aktion. Bundesweit haben wir mit Büchel einen wichtigen Höhepunkt. Und davor werden wir gemeinsam vom 4.- 6. Mai in Trier Aktionen zum 200. Geburtstag von Karl Marx durchführen. Inhaltlich machen Kriege, Hochrüstung, Massenflucht, Armut weltweit in der EU und bei uns, aber auch solche Dinge, wie Stuttgart 21, die Kämpfe in der Metallindustrie und im Gesundheitswesen deutlich, wie hochaktuell Marx ist. Und zwar der ganze Marx, seine Philosophie, seine Ökonomie, die Lehren vom Klassenkampf, der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus/Kommunismus.

Keiner kann an seinem Werk vorbei, noch nicht mal seine schärfsten Gegner sind in der Lage die von Marx und Engels begründete Weltanschauung zu widerlegen – deshalb ist ihre Strategie eine andere – sie tranchieren die Weltanschauung. „Ja, die ökonomische Analyse war ja mal richtig, aber der Klassenkampf.“ „Der junge Marx der hatte ja Recht, aber dann kam der plumpe Engels.“ „Philosophisch spannend, aber Sozialismus geht halt nicht, das ist gegen die menschliche Natur.“ „Wir haben ja gelernt, Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf – hilft doch allen.“ „Marx und Engels, das waren kluge Köpfe, aber was dann der asiatische Despot Lenin daraus gemacht hat.“ „Marx – in der Theorie interessant, in der Praxis dann aber die Schlächter Lenin, Stalin, Mao.“

Das alles werden wir hören von den Sängern des Kapitals, den Ideologen des Imperialismus. Wir werden dem mit unseren bescheidenen Mitteln gemeinsam mit der SDAJ und in seiner Geburtsstadt Trier etwas entgegensetzen. Wenn Genossinnen und Genossen, Gliederungen der Partei das Nutzen wollen für einen Ausflug in seine Geburtsstadt, dann ist die Orientierung auf den Samstag, den 5. Mai sicher die richtige. Was das Programm angeht, arbeiten wir noch mit Hochdruck dran und werden es so bald wie möglich veröffentlichen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr wisst das sind nicht die einzigen **Jubiläen** in diesem Jahr: 100 Jahre Novemberrevolution, 100 Jahre Gründung der KPD, 50 Jahre

Neukonstituierung der DKP, nach dem verfassungswidrigen Verbot der KPD, 50 Jahre Gründung der SDAJ.

Das wollen wir feiern und zwar groß. Mit und auf unserem 20. UZ-Pressesfest, vom 7. bis 9. September im Revierpark Wischlingen in Dortmund. Das ganze Pressesfest wird von diesen Jubiläen und den heutigen Anforderungen der Kämpfe geprägt sein. Besonders aber wollen wir das mit unseren internationalen Gästen im Rahmen einer Großveranstaltung auf dem Pressesfest feiern. Wir sind sicher, dass wir eine Vielzahl von Delegationen aus vielen Ländern der Welt begrüßen können werden. Wir sind sicher, dass diese Delegationen die Verbundenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien mit der Geschichte der KPD, der DKP, der SDAJ, der Novemberrevolution im

Geburtsland von Karl Marx und in seinem 200. Geburtsjahr zum Ausdruck bringen werden.

Das stellt auch uns in die Verantwortung unsere Gäste mit einer stärker werdenden Partei, mit einem ausstrahlenden Pressesfest zu begrüßen. Die Partei, viele Freundinnen und Freunde wollen das auch – das macht die Reaktion auf die beginnende Werbung, die Spendenkampagne deutlich – wir können heute sagen: Wir werden dem 22. Parteitag guten Herzens empfehlen können das Pressesfest durchzuführen – die Spendensituation stimmt, die Motivation stimmt.

Vorwärts zum 22. Parteitag – vorwärts zum 20. UZ-Pressesfest – das ist unser Beitrag zu diesem Jahr der Jubiläen, zum Kampf um Frieden, demokratischen und sozialen Fortschritt – stärkt die DKP!

12. Tagung des Parteivorstands der DKP 27./28. Januar 2018, Essen

Beschlüsse

Parteiauseinandersetzung

Das Sekretariat führt am 17. Februar 2018 ein Gespräch mit Vertreterinnen des sogenannten Netzwerks Kommunistische Politik in der DKP.

(einstimmig angenommen)

Der Parteivorstand lädt mit folgender Tagesordnung ein:

- wie kann der Zeitplan, ggf. mit Etappen, für die Überwindung des „Netzwerks kommunistische Politik in der DKP“ aussehen.
- wie kann ggf. eine Kommission aus Vertreter/innen „beider Seiten“ gebildet werden, die diese Auflösung umsetzt.
- wie können wir verhindern, dass es zu weiteren Austritten, d.h. damit auch zur Schwächung der DKP kommt ?

(angenommen mit Mehrheit)

Einladung von internationalen Gästen zum 22. Parteitag

Der Parteivorstand beschließt die Einladung von Vertretern der Botschaften der VR China, der SR Vietnam, der Republik Kuba und der Demokratischen VR Laos sowie der Neuen KP der Niederlande, der KP Luxemburgs, der Partei der Arbeit Belgiens und der Partei der Arbeit der Schweiz zum 22. Parteitag in Frankfurt.

Dieser Beschluss ersetzt die Beschlussfassung der 9. PV-Tagung vom 17./18. Juni 2017.

(einstimmig angenommen)

Begründung:

Aus finanziellen und organisatorischen Gründen ist eine Einladung an eine unbegrenzte Zahl Kommunistischer Parteien aus aller Welt bei diesem Parteitag nicht durchzuführen. Das Jahr 2018 wird für die DKP einen erheblichen finanziellen und logistisch-organisatorischen Kraftakt bringen. Bereits sechs Monate später werden wir beim Pressefest viele internationale Gäste haben, die mit uns 50 Jahre DKP und 100 Jahre KPD feiern werden, was wir in Abwägung beider Ereignisse als attraktiver ansehen.

Delegation zur 14. Vier-Parteien-Konferenz Luxemburg, Remich, 24./25. März 2018

Nicole D.
Michael G.
Jan v H.
Christa H.

Renate K.
Marion K.
Daniel Kr.
Lars M.
Monika M.
Günter P.

(einstimmig angenommen)

Unterstützung Marxistische Blätter

Der Parteivorstand beschließt, die „Marxistischen Blätter“ im Jahr ihres 55. Geburtstages 2018 regelmäßig und auch finanziell zu unterstützen:

1. Durch den kostenlosen Abdruck monatlich einer Buchanzeige mit Empfehlungen der MBI-Redaktion (Keller 1/3 Seite) in der UZ, Wochenzeitung der DKP.
2. Durch den kostenlosen Abdruck von monatlich mindestens zwei Anzeigen für die Marxistischen Blätter (ca. 90 x 90 mm) in den regulären UZ-Ausgaben, aber vor allem auch in Öffentlichkeitsmaterialien der DKP, UZ-Extraausgaben und anderen Ausgaben, mit denen Massenverteilungen organisiert werden.
3. Durch die Aufnahme jeder neuen Ausgabe der Zeitschrift „Marxistische Blätter“ und aller Buchpublikationen der „Edition Marxistische Blätter“ in das Literaturangebot des UZ-Shops (zu den üblichen Handelskonditionen).

Darüber hinaus wirbt der Parteivorstand der DKP auf seiner Webseite deutlich erkennbar und kostenlos für die Marxistischen Blätter und verlinkt mit der Webseite/dem „Lieferservice für lesende Linke“ des Neue Impulse Verlages. Der Parteivorstand der DKP ruft alle DKP-Gliederungen auf selbiges zu tun.

(angenommen mit Mehrheit)

Personalvorschlag für den neu zu wählenden Parteivorstand und seine Kommissionen

Da noch wenige Gespräche ergebnisoffen waren, trifft sich der Parteivorstand am 2. März 2018 zu einer weiteren Beschlussfassung des Vorschlags. Es wurde ein Platz für eine Genossin frei gehalten, um die Quotierung entsprechend des Frauenanteils in der Partei (37 Prozent) zu erzielen.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag das Vorsitzendenmodell und eine Größe von 32 GenossInnen vor.

Vorschlag für den Parteivorstand
angegeben sind die Ja-Stimmen.

Vorsitzender der DKP (23 abgegebene Stimmen)

Patrik K., 22 Ja-Stimmen

Stellvertretende Vorsitzende (22 abgegebene Stimmen)

Hans-Peter B., 16 Ja-Stimmen

Wera R., 22 Ja-Stimmen

Weitere Mitglieder des Parteivorstands (23 abgegebene Stimmen)

GenossInnen

Marion K., 23 Ja-Stimmen
Renate K., 17 Ja-Stimmen
Katrín K., 17 Ja-Stimmen
Konni L., 16 Ja-Stimmen
Birgit L., 20 Ja-Stimmen
Isa P., 7 Ja-Stimmen
Monika M., 20 Ja-Stimmen
Angelika R., 22 Ja-Stimmen
Tina S., 22 Ja-Stimmen
Walpura St., 17 Ja-Stimmen

Genossen

Werner A., 12 Ja-Stimmen
August B., 20 Ja-Stimmen
Jürgen B., 23 Ja-Stimmen
Mario B., 13 Ja-Stimmen
Uwe F., 17 Ja-Stimmen
Lothar G., 14 Ja-Stimmen
Michael G., 20 Ja-Stimmen
Thomas H., 13 Ja-Stimmen
Olaf H., 23 Ja-Stimmen
Jürgen K., 18 Ja-Stimmen
Toni K., 11 Ja-Stimmen
Axel K., 18 Ja-Stimmen
Klaus L., 22 Ja-Stimmen
Peter L., 18 Ja-Stimmen
Thorsten L., 17 Ja-Stimmen
Lars M., 22 Ja-Stimmen
Rainer P., 23 Ja-Stimmen
Günter P., 21 Ja-Stimmen
Jan S., 17 Ja-Stimmen
Björn S., 20 Ja-Stimmen

Mit weniger als 50 Prozent der Stimmen wurden nicht gewählt:

Isa P. 7 Ja-Stimmen
Toni K. 11 Ja-Stimmen

—

Zentrale Schiedskommission (23 abgegebene Stimmen)

Anna C., 22 Ja-Stimmen
Bernd W., 23 Ja-Stimmen
Falk N., 21 Ja-Stimmen
Helmut D., 23 Ja-Stimmen
Irene L., 16 Ja-Stimmen

Udo Sp., 22 Ja-Stimmen

Zentrale Revisionskommission (23 abgegebene Stimmen)

Artur M., 20 Ja-Stimmen

Gerda M. , 22 Ja-Stimmen

Ralf M. , 19 Ja-Stimmen

Finanzrahmenplan 2018

Der Finanzrahmenplan 2018 wurde einstimmig vom Parteivorstand verabschiedet.